

Haushaltsrede 2018 Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zunächst einmal vielen Dank an Sie, Herr Bürgermeister, und an die Verwaltung, dass auch in diesem Jahr die Jahresrechnung des vergangenen Haushaltsjahres fertiggestellt ist und Klarheit über die tatsächlichen Aufwendungen und Erträge sowie die realen Finanzströme des letzten Jahres herrscht. Lassen Sie mich aber auch darauf hinweisen, dass die Zeit, die die Fraktionen für die Haushaltsberatungen zur Verfügung hatten, in diesem Jahr sehr kurz bemessen war: eine aus Sicht der Grünen große Herausforderung an die ehrenamtliche Arbeit im Rat der Stadt.

Meine Damen und Herren,

wie schnell sich doch die Zeiten ändern: erst kurz vor der Haushaltssicherung, so meinte man im letzten Jahr noch und rief eine Sparkommission ins Leben, geht es uns schon in der Planung für das kommende Jahr wieder so gut, dass die Investitionen so hoch ausfallen, wie schon lange nicht mehr. Das ist m.E. das Auf und Ab, das ich im letzten Jahr prognostiziert hatte, weil wir außer kurzfristigen Sparmaßnahmen keinerlei Strukturüberlegungen, ggfls. unterstützt durch Expertise von außen, angestellt haben. Sie mögen jetzt sagen, dass die aktuelle Finanzlage doch zeigt, dass das, was wir getan haben, ausreicht oder gar genau das richtige war. Weit gefehlt: Die aktuelle Entwicklung geht allein auf die guten Konjunkturdaten zurück, die uns im Moment eine auskömmliche Haushaltslage bescheren, selbst unter Berücksichtigung erhöhter Aufwendungen im sozialen Bereich bei nicht ausreichender Finanzunterstützung durch Bund und Land.

Nach wie vor sind wir abhängig von externen Rahmenbedingungen, weil wir unser kommunalpolitisches Handeln selbst nicht hinreichend steuern und keine strategischen Ansätze der Haushaltssteuerung entwickeln. Nach wie vor laufen wir Gefahr, dass bei verschlechterter Konjunkturlage sich auch unsere Handlungsspielräume abrupt verschlechtern, weil wir solchen von uns nicht beeinflussbaren Entwicklungen schutzlos ausgeliefert wären. Dass meine Befürchtungen, stark schwankenden und schlecht planbaren Bedingungen ausgesetzt zu sein, nicht grundlos sind, zeigt sich deutlich darin, wie die Investitionslage noch im letzten Jahr und wie sie in diesem Jahr eingeschätzt wird: Während wegen einer problematischen Haushaltslage in 2017 für Investitionen noch knapp 4,2 Mio. € (2018), 8,8 Mio. € (2019) und 4,6 Mio.€ (2020) eingeplant waren, leisten wir uns diesmal Investitionen von ca. 14 Mio. € (2018), fast 13 Mio. € (2019) und fast 5 Mio. € (2020). Die Negativsalden, also die Differenz zwischen Auszahlungen für Investitionen und Einzahlungen verschlechtern sich zumindest für die Jahre 2018 und 2019 entsprechend. Und: die Einschätzung der Verwaltung aus dem letzten Jahr, bereits in 2018 einen Überschuss zu erwirtschaften, der sich in den Folgejahren stetig erhöhen sollte, ist heute nur noch Makulatur: Nach aktuellen Planungen bleibt für das kommende Haushaltsjahr nur ein negatives und für die Folgejahre nur noch ein deutlich geringerer Überschuss übrig.

Was heißt das? So schnell, wie sich die offenbar hervorragende Haushaltslage eingestellt hat, und wir mit großzügigen Ausgabepfanungen darauf reagieren so schnell kann sie wieder vorbei sein. Oder: Über die Verlässlichkeit von Prognosen kann man trefflich streiten

Um die geschilderte Abhängigkeit von externen Faktoren abzumildern, beharren wir weiter darauf, Instrumente zu Schwerpunktsetzungen und zur Generierung eigener Einnahmen, die

über die Grundstücksverkäufe hinausgehen, zu entwickeln. Ein Ansatz, den wir schon mehrfach eingebracht haben, der jedoch immer noch ungehört verhallt.

Meine Damen und Herren,

es ist nicht so, dass wir jede Investition ablehnen. Wir sind aber der Auffassung, dass jede Investition dem Grunde und der Höhe nach sehr gut abgewogen werden muss, gerade dann, wenn diese Investitionen nur oder maßgeblich durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden können. Insbesondere ist der Verweis auf historisch niedrige Zinsen am Kreditmarkt – Hinweis des Bürgermeisters in seiner Einbringungsrede – kein Argument den weiter geltenden Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durch unnötige oder überzogene Investitionen zu verletzen. Auch die Tatsache, dass durch Investitionen immerhin langfristiges Vermögen geschaffen wird, trägt nur bedingt: Abschreibungen belasten den Ergebnishaushalt und die geschaffenen Werte können nicht immer werterhaltend oder gar –steigernd eingesetzt werden. Ein Übergangsheim kann zwar durch überschaubare Aufwände für eine Nachnutzung hergerichtet werden, ein Verwaltungsneubau dagegen wohl kaum.

Genau: meine Argumentation zielt auf den gewünschten Teilneubau des Verwaltungsgebäudes ab. Die kontroversen Diskussionen hierzu, besonders im HFA, sind auch Ihnen sicherlich noch präsent. Wir Grüne bleiben dabei: Der Verzicht auf alternative Planungsangebote, die zu Kosteneinsparungen führen können, ist nicht akzeptabel! Auch, wenn wir im derzeitigen Verfahrensstadium noch nicht über den vorgelegten Entwurf abzustimmen hatten, glaube ich nicht, dass es im weiteren Verfahren zu einer Öffnung für Alternativangebote kommen wird. Dass unserem Antrag, Planungskosten für ein weiteres Angebot bereitzustellen, nicht zugestimmt wurde, ist mit Blick auf die Gesamtbeurteilung des Haushaltes 2018 fatal.

Zur Klarstellung: Dass es eines Neu-, bzw Anbaus des Verwaltungsgebäudes bedarf, bezweifeln wir nicht. Und, weil die Diskussion im HFA von, so behaupte ich, bewusster Ignoranz unseres tatsächlichen Anliegens geprägt war, hier nochmal zum Mitschreiben: Auch wir wollen ein zukunftsweisendes Verwaltungsgebäude 2040. Wir halten es nur für naiv, zu glauben, dass das allein mit dem vorliegenden einzigen Entwurf und unter Einbeziehung eines neuen Ratssaals erreicht werden kann. Um die Frage von Herrn Töns zu beantworten, warum wir nicht so weitermachen können, wenn denn der vorgelegte Entwurf doch allen Parteien gefällt: Weil es nach unserer Auffassung bei öffentlichen Bauprojekten dieser Größenordnung – es wird immerhin mit bis zu 3,3 Mio. € gerechnet - einen freien Zugang zu diesen Projekten geben muss und mehrere Anbieter die Möglichkeit erhalten sollten, sich mit ihren Vorstellungen einzubringen. Und, weil darüber eben noch bessere und preisgünstigere Lösungen präsentiert werden könnten. Und mit Verlaub: Jetzt einen vermeintlichen Zeitdruck aufzubauen und damit zu suggerieren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung müssten unter geradezu menschenunwürdigen Umständen arbeiten und dass die tatsächlich unbefriedigende Situation für Menschen mit Handicap, die die Verwaltung aufsuchen, sofort abgestellt werden muss, als Gründe für einen Verzicht auf die Einholung eines Alternativangebotes heranzuziehen, halte ich für opportunistisch. Man erinnere sich mal an das unsäglich lange Verfahren um unser Integriertes Stadtentwicklungskonzept, ein Projekt mit gewollter Bürgerbeteiligung, das interessierte und motivierte Bürgerinnen und Bürger mürbe gemacht hat. Offenbar spielte da die verrinnende Zeit keine Rolle.

Meine Damen und Herren,

Kritisch sehen wir auch die vielfältigen Investitionen im Zusammenhang mit dem auch vom „neuen“ Bürgermeister konsequent verfolgten Wachstum unserer Stadt. Wir stehen diesem Ziel nach wie vor skeptisch gegenüber, weil es nicht reicht, großzügig Wohnraum zu schaffen. Vielmehr muss gleichermaßen die umfangreiche Infrastruktur wachsen, um eine hohe Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt sicherzustellen. Das wird leicht übersehen oder ist nur schwer zu finanzieren. Auch unsere kritische Haltung zu einem offensiven Flächenverbrauch haben wir schon mehrfach geäußert.

Wenn es denn Mehrheitswille ist, dass neue Baugebiete erschlossen werden, muss das Angebot an Wohnraum sozial verträglich sein. Wir werden genau darauf achten und bei Bedarf einfordern, dass im Gebiet Mondscheinweg in angemessenem Umfang Mehrfamilienhäuser angeboten werden und uns garantieren lassen, dass bezahlbarer Wohnraum durch zielführende Festlegungen in der Bauleitplanung geschaffen wird. Nur so verkommt der Hinweis des Bürgermeisters in seiner Einbringungsrede, nämlich dass auch für die Unterbringung von Flüchtlingsfamilien Wohnraum geschaffen werden muss, nicht zu einem Lippenbekenntnis. Und: Wenn Drensteinfurt denn wachsen soll, müssen wir durch eine dosierte Veräußerung der städtischen Grundstücke ein gemäßigtes Tempo vorgeben.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Vielfältige andere Investitionen unterstützen wir:

- den geplanten barrierefreien Ausbau der Lambertus-Grundschule in Walstedde. Nachdem sich eine von uns gewünschte Alternativlösung zerschlagen hat, unterstützen wir selbstverständlich den Neubau.
- die Planung und Erstellung einer weiteren Kindertagesstätte an der Blumenstraße
- den weiteren Ausbau des Radwegenetzes
- den Breitbandausbau in den Außenbereichen
- die Marktplatzsanierung im Zusammenhang mit unserem Integrierten Stadtentwicklungskonzept
- die Fortsetzung der erforderlichen Brückensanierungen oder
- die vorgesehenen Endausbauten von Straßen

um nur einige Beispiele zu nennen.

Auch, wenn der aktuelle Haushalt durch den hohen Investitionsaufwand geprägt wird, enthält er auch andere Positionen, zu denen ich hier etwas sagen möchte:

- Der Produktbereich Soziale Leistungen wird dominiert von den Aufwänden für Asylbewerber. Auch wenn der Zustrom zurückgegangen ist, besteht die verantwortungsvolle Aufgabe der Betreuung und vor allem der Integration weiter. Wir Grüne sind sehr zufrieden damit, dass unser Antrag, die Förderung der ehrenamtlich Aktiven zu verbessern und vor allem auf den Personenkreis der Anerkannten auszudehnen, angenommen wurde. Danke, Herr

Bürgermeister, dass Sie initiativ einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet haben, der bezogen auf die bereitzustellenden Beträge noch großzügiger gewesen wäre, der jedoch keinen Bezug zur Anzahl der tatsächlich Bereuten hatte. Unser Dank geht auch an die anderen Fraktionen für die Zustimmung zu unserem Antrag. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Flüchtlinge nicht nur über eine finanzielle Belastung wahrgenommen werden.

- Im Produktbereich Schulträgeraufgaben sind auch die OGS-Elternbeiträge veranschlagt. Auch hierzu mein Dank an die Verwaltung, bei der Veranschlagung eine sozial gerechtere Staffelung der Beiträge vorgeschlagen zu haben, die weitgehend auch unseren Vorstellungen entspricht. Gut, dass wir im HFA noch einmal intensiv unser Anliegen der sozial gerechteren Beitragsstaffelung diskutiert haben und darüber dann zu einer guten Lösung gekommen sind. Vielen Dank an die CDU, da mitgegangen zu sein.

Liebe SPD und liebe FDP: Eine schrittweise Abschaffung der OGS-Beiträge kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern sicherlich gut an, ist vor diesem Hintergrund vielleicht auch populistisch, muss sich vor allem aber dem Vorwurf stellen, ohne Not auch denen zu dienen, die es nicht nötig haben. Wir halten es für sinnvoll, dass für ein qualitativ hochwertiges öffentliches Angebot maßvolle und sozial verträgliche Beiträge verlangt werden und sich die Beitragshöhe an Einkommensgrenzen orientiert.

Apropos qualitativ hochwertiges Angebot: Wir sind stolz darauf, dass die von uns angestoßene Diskussion um das gesamte OGS-Angebot in den Grundschulen dazu geführt hat, dass auf eine Ausschreibung der OGS-Trägerschaft verzichtet wird, so dass es bei der Trägerschaft des Mütterzentrums in Drensteinfurt bleibt und über eine Weiterbeschäftigung der städtischen Betreuungskräfte und ergänzendes pädagogisches Fachpersonal das Mütterzentrum auch in den Ortsteilen berücksichtigt werden soll. Schön, dass sich zu diesem Thema alle Fraktionen gleichermaßen für das jetzt erzielte Ergebnis stark gemacht haben. Herr Bürgermeister: Es ist traurig, dass es für dieses Ergebnis erst einer kontroversen öffentlichen Debatte und des dadurch ausgelösten Drucks bedurfte. Ich meine, dass wir erwarten dürfen, dass die Verwaltung erst nach einem Ergebnis intensiver Prüfung der Sach- und Rechtslage ein so sensibles Thema aufwirft. Das hätte den betroffenen Eltern, den Schulen, dem OGS-Träger, uns und Ihnen viel Ärger erspart.

- Das Angebot zur Berufsorientierung in der Teamschule kann durch unseren Antrag fortgesetzt werden. Wir hoffen, dass die zur Verfügung gestellten Honorarmittel von 5.000 € dazu führen, dass das Angebot in den nächsten Jahren verstetigt werden kann.
- Unser Antrag auf Einführung eines Vergünstigungsausweises, mit dem u.a. ein ermäßigter Zugang zur Schule für Musik und zur Volkshochschule für Bedürftige garantiert werden sollte, und so eine sozial gerechtere Teilhabe an diesen kulturellen Angeboten zu ermöglichen, fand leider nur die Zustimmung der SPD.
- Wir können gut damit leben, dass unser Antrag, die Bürgerinnen und Bürger durch Aufstellung von Laubkörben beim allherbstlichen Laubfegen und – sammeln zu unterstützen zu einer Prüfung verschiedener Alternativen durch

die Verwaltung geführt hat. Wir warten gespannt ab und verfolgen unser Ziel im nächsten Jahr weiterhin konsequent.

- Bedanken möchten wir uns bei allen Fraktionen für die Zustimmung und bei der Verwaltung für das signalisierte Interesse, geeignete Flächen zu suchen, auf denen durch Aussaat von Wildblumensamen wertvolle Biotope entstehen können und Finanzmittel für den Kauf entsprechenden Saatguts bereitzustellen. Wir sind schon jetzt gespannt auf die Ergebnisse.
- Zum Stellenplan: Die Schaffung von 6,46 Vollzeitstellen für die Durchführung von Reinigungstätigkeiten durch eigenes Personal unterstützen wir ausdrücklich. Wir sind davon überzeugt, dass so die Reinigungsqualität verbessert werden kann. Nicht zuletzt sehen wir die öffentliche Hand in der Pflicht, Arbeitsplätze für geringfügig Qualifizierte einzurichten. Zum Glück führte dann ein Berechnungsfehler der Verwaltung dazu, dass dem Stellenzuwachs zugestimmt wurde – eben ausschließlich aufgrund finanzieller Erwägungen, ohne die skizzierten qualitativen Gesichtspunkte nachzuvollziehen.
- Wir erkennen an, dass die freiwilligen Zuschüsse an Vereine und Verbände der Höhe nach erhalten bleiben. Wichtiger ist aber, dass im kommenden Jahr die Vereinsförderung in Abstimmung mit der Politik mit dem Ziel einer treffgenaueren Förderung neu geregelt werden soll. Unseres Erachtens ist das überfällig. Wir hatten bereits mehrfach, zuletzt in der Haushaltsrede 2017, die Überarbeitung der Richtlinien eingefordert.
- Unser Antrag zur Elektromobilität ist nicht überhört worden. Gut ist, dass für das Leasing oder den Kauf eines Elektrofahrzeuges doch noch 10.000 € eingestellt wurden.
- Hebesätze: Dass dem Vorschlag der Verwaltung mehrheitlich gefolgt wurde, die Hebesätze noch auf dem gerade beschlossenen Niveau zu belassen, um den hohen Finanzbedarf zu decken, entspricht unseren Vorstellungen. Ein kurzfristiges Auf und Ab sorgt für mehr Unruhe und weniger Planungssicherheit.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Auch, wenn wir den Haushalt an vielen Stellen mittragen und einige unserer Anträge sich in ihm wiederfinden, lehnen wir den Haushaltsplan in seiner Gesamtheit ab. Wir sind der Auffassung, dass das Vorgehen beim geplanten Teilneubau des Verwaltungsgebäudes den Haushalt dominiert. Wir meinen, dass es in diesem grundsätzlichen Punkt um die Verantwortung geht, die die öffentliche Verwaltung für faire und transparente Planungsverfahren trägt. Auch, wenn es formal aktuell noch nicht um eine konkrete Beauftragung des Architekten geht, machte die Diskussion im Haupt- und Finanzausschusses sehr deutlich, dass es klar darauf hinausläuft. Eine andere Entwicklung würde uns freuen, auch wenn es rückblickend dann falsch gewesen wäre, dem Haushalt unsere Zustimmung zu verweigern.

Wir lehnen den Haushalt also vor allem aufgrund eines- allerdings elementaren und die Grundsätze rechtmäßigen und zweckmäßigen Verwaltungshandelns betreffenden -

Einzel details ab. Wir werden uns einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen dadurch nicht verschließen. Wir werden uns wie eh und je in wichtige Themen engagiert einbringen und wichtige Themenkomplexe voranbringen.

Dabei sehen wir insbesondere Handlungsbedarfe in folgenden Bereichen:

- Einstieg in eine Strukturdebatte: Entwicklung einer Strategie für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung, ggfls. mit externer Begleitung
- Einstieg in das von Ihnen, Herr Bürgermeister, in der Einbringungsrede angerissene faire kommunale Beschaffungswesen
- Neustrukturierung der Förderung von Vereinen und Verbänden

Wir wünschen uns für die zukünftige Zusammenarbeit aber auch mehr Transparenz und Offenheit von der Verwaltung. Sie, Herr Bürgermeister, hatten Ihren Anspruch genau an diese Attribute schon vor Ihrem Amtsantritt formuliert. Mindestens beim Thema Ausschreibung der OGS-Trägerschaft haben Sie trotz unserer mehrfachen Nachfragen nicht kommuniziert, wie Sie vorgehen wollten, sondern konfrontieren die Politik erst in Ihrer Einbringungsrede mit der, wie es sich jetzt zeigt, wohl unausgegorenen Überlegung, die OGS-Trägerschaft insgesamt wohl ausschreiben zu müssen. Ihr Rat an uns, mit dem Thema nicht an die Presse zu gehen hat uns schon geschockt. Und auch der Grund für unsere Ablehnung des Haushaltes geht zumindest zum Teil auf mangelnde Transparenz und Information zurück. Eine frühere offizielle und öffentliche Einbindung der Ratsgremien hätte zumindest die Möglichkeit einer Einigung im politischen Raum eröffnet.

Einer fruchtbringenden und positiv ausgerichteten Zusammenarbeit zuträglich wäre zudem eine stärkere Sensibilität der Verwaltung für soziale und ökologische Belange und eine stärkere Ausrichtung des Verwaltungshandelns hieran. Das hätte z.B. dazu geführt, dass einige unserer Anträge nicht hätten gestellt werden müssen.

In diesem Sinne sehen wir hoffnungsvoll in die Zukunft und bieten weiterhin unsere konstruktive Zusammenarbeit Ihnen, Herr Bürgermeister, der Verwaltung und Ihnen, den anderen Ratsfraktionen, an.

Auch in diesem Jahr geht mein besonderer Dank an alle aus der Verwaltung, die an der Vorbereitung und Erstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, besonders an Sie, Herr Herbst, für Ihre kompetente und sachorientierte Art, mit der Sie uns geholfen haben, uns in der sehr kurzen Zeit durch das Zahlenwerk zu kämpfen.

Vielen Dank an Sie alle für Ihre Aufmerksamkeit.